

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

20. Jahrgang

Berlin, den 23. Oktober 1953

Nummer 43

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die internationale und die westdeutsche Konjunktur Mitte Oktober 1953

Die im Spätsommer übliche Belebung der Wirtschaftstätigkeit hat bisher auch in den Volkswirtschaften, in denen noch bis in die jüngste Vergangenheit hinein lebhaftere Expansionskräfte wirksam waren, kaum das jahreszeitlich bedingte Ausmaß überschritten. Der Index der industriellen Produktion lag in den weltwirtschaftlich führenden Ländern in den Monaten August bzw. September im allgemeinen einige Punkte unter den im Frühjahr oder im Frühsommer erreichten Höchstwerten; er übertraf damit allerdings — mit Ausnahme von Frankreich — den Vorjahrsstand. Auch die für die konjunkturelle Tendenz symptomatische kurzfristige Kreditgewährung der Geschäftsbanken an die Wirtschaft ist bei einer fast allgemein durch geld- und kreditpolitische Maßnahmen geförderten Entspannung auf den nationalen Geld- und Kapitalmärkten hinter der vorjährigen Kreditausweitung zurückgeblieben.

Die effektive Nachfrage, durch die im Rahmen der vorhandenen Produktionskapazitäten Beschäftigung und Einkommen einer Volkswirtschaft bestimmt werden, dürfte — abgesehen von saisonalen Schwankungen — in den meisten Ländern im Frühsommer ihren Höhepunkt überschritten haben und seither leicht im Sinken begriffen sein. Die Aufwendungen der privaten Wirtschaft für Anlage-Investitionen stagnieren, wobei ins Gewicht fällt, daß auch die von der bisherigen Verbrauchszunahme auf die Investitionstätigkeit ausgegangenen Anregungen international weniger stark gewesen zu sein scheinen, als noch bei Beginn der Verbrauchsbelebung im Herbst vorigen Jahres angenommen wurde. Ebenso wird der öffentliche Bedarf in den konjunkturell bestimmenden Ländern in den nächsten Monaten kaum noch zunehmen, teilweise vielmehr, so etwa in den Vereinigten Staaten, leicht eingeschränkt werden.

Bei annähernd gleichbleibender Investitionstätigkeit und gleichbleibendem öffentlichen Verbrauch beginnen auch die Voraussetzungen einer weiteren Zunahme der Masseneinkommen fortzufallen, die die Grundlage des kräftig gestiegenen privaten Verbrauchs bildeten. Da sich auch die Wirkung einmaliger Faktoren, wie zum Beispiel gewährte Steuererleichterungen, in den einzelnen Ländern weitgehend erschöpft haben, dürften die Verbraucherausgaben, sofern die Sparneigung gleichbleibt, nur noch geringfügig wachsen. Zwar steht in den Vereinigten Staaten noch eine Steuerermäßigung zur Jahreswende bevor; eine steigende private Nachfrageentfaltung wird hier jedoch nur kompensierend, nicht aber expandierend wirken können, wenn, wie gegenwärtig im Haushaltsvoranschlag vorgesehen, gleichzeitig die öffentlichen Ausgaben gekürzt werden. Wenn auch die Lagerbewegung in den einzelnen Ländern unterschiedlich verlaufen ist — in den Vereinigten Staaten zum Beispiel fand eine beträchtliche Lageranreicherung bis zur Jahresmitte statt, die sich seitdem verlangsamt hat, in Westdeutschland paßte sich die Lagerbewegung der laufenden Absatzentwicklung an —, so sind auch bei einem lebhaften Weihnachtsgeschäft von den Lagerdispositionen her nur wenig zusätzliche Impulse für die allgemeine Wirtschaftsentwicklung zu erwarten.

Das weitere Vordringen des Käufermarktes in der Weltwirtschaft zeigt sich in der Preisentwicklung sowohl für Rohstoffe als auch für industrielle Fertigwaren. Trotz der jahreszeitlich bedingten Zunahme der Käufe an den Rohstoffmärkten, die bei einzelnen Waren zu Preisfestigungen führte, spiegeln die Indizes der Weltmarktpreise — so etwa Berechnungen von Moody, Reuter und die Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung — neue Schwächetendenzen wider. Bei vielen der typischen Waren überseeischer Rohstoffgebiete dürfte das gegenwärtige

Preisniveau die untere Grenze für eine lohnende Produktion darstellen. Versuche, auf internationaler Basis Produktionsbeschränkungen zu vereinbaren, sind in letzter Zeit wieder verstärkt aufgelebt, so z. B. bei Kautschuk, Zinn und Baumwolle.

Die Entwicklung der amerikanischen Einfuhr läßt bereits die ersten Auswirkungen der bisher nur leichten Abschwächung der wirtschaftlichen Tätigkeit in den Vereinigten Staaten erkennen. So lagen die Einfuhrwerte im August stärker als saisonüblich unter den Juli-Ziffern; sie werden wohl im September kaum noch das Vorjahresniveau überschritten haben. Auf Grund der bereitgestellten Importkredite, die ein recht zuverlässiges Barometer für die Einfuhrgestaltung sind, muß mit einem weiteren Rückgang der amerikanischen Einfuhr zum Jahresende gerechnet werden. Gleichzeitig wird bei nachlassender heimischer Nachfrage nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die Industrie der Vereinigten Staaten ihre Exportanstrengungen intensivieren. Anzeichen hierfür sind die aus Wirtschaftskreisen lautgewordenen Stimmen, die auch für die Vereinigten Staaten die in anderen Ländern üblichen Maßnahmen der Exportförderung, wie z. B. Exportkreditversicherung, fordern. Der Ausgleich der kommerziellen Warenbilanz der übrigen Welt mit den Vereinigten Staaten scheint damit erneut in Frage gestellt zu sein. Ausfuhrüberschüsse, die in einzelnen europäischen Ländern, so zum Beispiel in Westdeutschland und auch in den Niederlanden, zu der jüngsten Wirtschaftsexpansion beigetragen haben, werden bei einem verschärften internationalen Konkurrenzkampf nicht nur schwerer zu erzielen sein, sondern auch geringer werden.

Bei dieser konjunkturellen Konstellation nimmt der private Verbrauch eine zentrale Stellung ein. Seine Förderung gewinnt konjunkturell immer mehr an Bedeutung und gerade die amerikanische Wirtschaft ist sich dieser Aufgabe, die einer Bewährungsprobe der freien Marktwirtschaft gleichkommt, besonders bewußt. Ein marktgerechtes Mittel hierzu böte sich in einer sorgfältigen Preisgestaltung, die den Verbraucher veranlassen würde, vorübergehend, d. h. bis der Verbrauch in die vorhandenen Kapazitäten hineingewachsen ist, prozentual mehr als bisher von seinem Einkommen auszugeben, also weniger zu sparen. Die Intensivierung der Verkaufsanstrengungen mit dem Ziel eines steigenden Massenkonsums und daraus resultierender Anregungen für die marktreagiblen Investitionen könnte den Übergang von dem Rüstungsaufschwung zu einem von dem Verbrauch bestimmten Wirtschaftswachstum wesentlich erleichtern. Es ist allerdings fraglich, ob dies bereits genügen würde, um eine reibungslose Umstellung zu ermöglichen und ob nicht vielmehr eine bewußte Pflege der Masseneinkommen notwendig wird, um das Erzeugungs-niveau zu sichern bzw. zu steigern.

Westdeutschland

Nach wie vor bildet das unverändert hohe Niveau des privaten Verbrauchs eine der entscheidenden Stützen für die wirtschaftliche Aktivität Westdeutschlands. Die Ausweitung des privaten Verbrauchs seit Frühjahr dieses Jahres ist nicht nur das Ergebnis der gestiegenen Beschäftigung bzw. der hierdurch bedingten Zunahme des Gesamteinkommens, sondern ist mehr noch durch eine Reihe von Sonderfaktoren, wie die im Frühjahr dieses Jahres vorgenommenen Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst, die höheren Sozialleistungen, die Ausschüttungen des Lastenausgleichs sowie die Steuersenkungen, ermöglicht worden. Der westdeutsche Verbrauch hat also in den vergangenen Monaten beträchtliche zusätzliche Impulse erhalten. Das Masseneinkommen als wichtigste und im Falle Westdeutschlands alleinige Quelle der Verbrauchszunahme ist durch diese einmaligen Faktoren über jene Grenzen hinaus erweitert worden, die normalerweise durch Investitions- und Beschäftigungszunahme gegeben sind. Daß dieser Konsumstoß durch autonome Vergrößerung des Masseneinkommens unbedenklich war, d. h. nicht zu einem inflatorischen Preisauftrieb geführt hat, zeigt die stabile und nach wie vor unter Druck stehende Entwicklung der Verbrauchsgüterpreise. Die bisherige Entwicklung der Investition, die in ihren marktreagiblen Teilen ohne die von einem steigenden Verbrauch ausgehenden Anregungen zweifellos ihr Niveau nicht hätte halten können, beweist darüber hinaus, daß der Konsumstoß im Hinblick auf die ständig gewachsenen Ersparnisse der privaten und der öffentlichen Haushalte auch konjunkturell gerechtigt, ja notwendig war.

Die Ausweitung der Masseneinkommen durch die vorgenannten Sonderfaktoren hat den privaten Verbrauch und auch die verbrauchsabhängige Erzeugung beträchtlich gesteigert. Die Aufgabe aber, dieses höhere Verbrauchs- und Erzeugungs-niveau zu halten bzw. weiter zu steigern, kommt heute — nachdem die autonomen Einkommenszunahmen im wesentlichen beendet sind, d. h. nicht mehr zusätzlich wirken — naturgemäß wieder der Investition und der durch sie bestimmten Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung zu.

Mitte des Jahres erreichte die industrielle Erzeugung (ohne Bau und Energie) ihren konjunkturellen Höchststand (saisonbereinigter Index im Juni 156), im Juli/August war sie leicht rückläufig (saisonbereinigter Index August 154). Zur entsprechenden Vorjahrszeit nahm die Erzeugung, allerdings bei einem um rund 10 vH niedrigeren Niveau, bereits — wenn auch nur geringfügig — wieder zu (saisonbereinigter Index im Juni 139 und 140 im August). Neue konjunkturell ins Gewicht fallende expansive Kräfte sind seither nicht sichtbar geworden. Die anhaltend gute Baukonjunktur und deren starke Ausstrahlungen auf

die übrige Investitionstätigkeit sind ebenso wie die (im September wieder gestiegenen) Devisenüberschüsse des westdeutschen Ausfuhrhandels zwar unverändert wichtige und notwendige Stützen der westdeutschen Konjunktur, aber ihre Bedeutung liegt offensichtlich, wenn man die gekennzeichnete Entwicklung der industriellen Erzeugung in den letzten Monaten verfolgt, ausschließlich in der Erhaltung, nicht jedoch in der Ausweitung dieses Erzeugungsniveaus. Auch die Rückwirkungen des gestiegenen privaten Verbrauchs auf die marktreagible Investitionstätigkeit waren ebenfalls im ganzen nur ausreichend, um das bisherige hohe Niveau der Gesamterzeugung zu halten, obwohl der Handel in diesem Jahr bei nicht überhöhter Lagerhaltung seine Aufträge gleichmäßig und schnell an die Verbrauchsgrüterzeugung weitergab.

Die Frage, ob die im einzelnen vorhandenen oder noch vorhandenen expansiven Kräfte stark genug sind, die industrielle Gesamterzeugung, und zwar hier vor allem die marktreagible Investition, weiter zu steigern, muß also vorerst offen bleiben. Aber auch eine Stabilisierung auf

dem jetzigen Niveau setzt voraus, daß die Zusammensetzung der Investition vorerst unverändert bleibt. So notwendig und erwünscht eine Zunahme der privaten nicht-geförderten Investitionstätigkeit auf längere Sicht ist, so wenig erscheint auf der anderen Seite im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Einschränkung der geförderten Investitionen am Platze. Dies gilt auch für die langfristig gesehen wünschenswerte Kürzung der öffentlichen Investitionen. Unter den gegenwärtigen konjunkturellen Bedingungen könnte der Ausfall öffentlicher Investitionsaufträge für die private Investitionsgüterproduktion schwerwiegende Folgen haben, die keineswegs durch die Erleichterungen aufgewogen würden, die der privaten Investition hierdurch auf der Finanzierungsseite (erleichterter Zugang zum Kapitalmarkt) vielleicht geboten würden. Der öffentlichen Ausgabengestaltung kommt also, auch wenn von ihr in den nächsten Monaten keine zusätzlichen Anregungen zu erwarten sind, gegenwärtig insofern wesentliche Bedeutung zu, als sie mit dazu beitragen wird, das heute erreichte Niveau der Gesamterzeugung und Gesamtnachfrage zu halten.

Zur Wirtschaftslage in der Sowjetzone im Frühherbst 1953

Im Vordergrund aller wirtschaftlichen Bemühungen der Sowjetzone steht die Steigerung des Außenhandels, um die erheblichen Rückstände im Exportprogramm 1953 aufzuholen. Wegen des Versagens der staatlichen Außenhandelsorgane werden jetzt die Industrieministerien unter voller Verantwortung der Minister und die Exportbetriebe selber beim Abschluß von Exportaufträgen eingeschaltet. Den Exportbetrieben soll durch die Gewährung eines Exportbonus aus dem Devisenerlös für den Einkauf von selbst benötigten Roh- und Hilfsstoffen im Ausland ein Anreiz zur Erfüllung ihrer Produktionspläne gegeben werden. Das bisher ausschließliche Verfügungsrecht der sowjetischen Garantie- und Kreditbank im Devisengeschäft wird damit eingeschränkt, ein ungewöhnliches Zugeständnis an die Direktoren der Exportbetriebe.

Als eine Begrenzung der für die Konsumgütererzeugung verfügbaren Industriekapazität wirkt neben dem Export die zu beobachtende Stärkung der für die Schwerindustrie produzierenden Zubringerindustrie, deren bisher ungenügende Planerfüllung für die Drosselung des Tempos der schwerindustriellen Produktion mit verantwortlich zu machen ist.

Um den hierdurch nur wenig verringerten Mangel an Industriewaren für die Bevölkerung mit den Versprechungen des „neuen Kurses“ in Einklang bringen zu können, sollen in allen größeren Betrieben — gleich welcher Branche — sogenannte Abteilungen für Massenbedarfsgüter

gebildet werden, deren Aufgabe darin besteht, in Zusammenarbeit mit den örtlichen Instanzen des staatlichen, genossenschaftlichen und privaten Einzelhandels den Bedarf der Bevölkerung zu ermitteln und ihn durch eine außerplanmäßige Produktion — eine „Initiativproduktion“ — auf der Grundlage der Verwertung von Abfallmaterialien zu befriedigen¹⁾. Die hierdurch den Betriebsleitern eingeräumte Entscheidungsfreiheit — sie bestimmen Art und Umfang der Zusatzproduktion und erhalten die Ermächtigung, für die Beschaffung der notwendigen Werkzeuge, Modelle, Vorrichtungen usw. Kredite bei der Deutschen Notenbank aufzunehmen — bedeutet einen bemerkenswerten Eingriff in die bisherige Handhabung, Bedarfsermittlung, Produktion und Verteilung zentral zu regeln. Es dürfte sich nur um ein zeitbedingtes Zugeständnis handeln. Das wird durch die Vorschrift deutlich, nach der „Gewähr gegeben sein muß, daß keine Materialien der planmäßigen Produktion entzogen werden“¹⁾. Wie bei den Exportbetrieben liegt der Anreiz zur „restlosen Ausschöpfung der inneren Reserven“, also der Abfallmaterialien, auch hier auf finanziellem Gebiet; denn ein Teil der zusätzlichen Einnahmen aus dem Absatz dieser Massenbedarfsgüter soll bevorzugt dem Direktorfonds der Betriebe zugute kommen.

Die verfügbaren Rohstoffabfälle ziehen der durch die betriebliche Initiative zu erwartenden Zusatzproduktion von vornherein einen engen

¹⁾ Vgl. „Die Wirtschaft“, Jg. 1953, Nr. 38 und Nr. 40, S. 1.

Rahmen. Die Betriebsleiter werden bei der Aufgabe, ohne reale Grundlagen eine zusätzliche Produktion anlaufen zu lassen, die Gefahr der ihnen zugeschobenen Verantwortung erkennen. Sie werden deshalb das Erzeugungsprogramm nur vorsichtig anlaufen lassen, zumal nicht einmal die planmäßige Produktion der Betriebe infolge Schwierigkeiten in der Material- und Energieversorgung als gesichert anzusehen ist. Die ökonomische Berechtigung dieser „Initiativproduktion“ liegt einzig und allein in dem enormen Warenmangel der Sowjetzone und dem sich daraus ergebenden Zwang, auch die letzten Reserven auszuschöpfen.

Berichtigung des Volkswirtschaftsplanes 1953

Die Sowjetzonenwirtschaft hat im dritten Vierteljahr 1953 unter den gleichen Erschwerissen gelitten wie im ersten Halbjahr. Dies ergibt sich aus dem revidierten Volkswirtschaftsplan für das zweite Halbjahr 1953, der erst am 2. Oktober 1953 Gesetzeskraft erhielt²⁾.

Nach der Neufassung des Volkswirtschaftsplanes²⁾ soll der Einzelhandelsumsatz im 2. Halbjahr 1953 um 34 vH über dem des 1. Halbjahres liegen. Das würde eine absolute Zunahme um 4 Mrd. DM bedeuten, da sich der Jahresumsatz 1953 auf 27,8 Mrd. DM erhöhen soll. Gegenüber einem Umsatz im 1. Halbjahr 1953 von 11,9 Mrd. DM müßte er im 2. Halbjahr auf 15,9 Mrd. DM ansteigen. Hierfür scheinen, selbst in Anbetracht der Wintersaison, sowohl auf der Waren- als auch auf der Kaufkraftseite die notwendigen Voraussetzungen zu fehlen, selbst wenn die Maßnahmen zur Erhöhung des Warenangebots einen Erfolg hätten.

Am 15. Oktober 1953 sind Einkommensteuersenkungen beschlossen worden³⁾, die ab 1. November 1953 wirksam werden und für die Monate November und Dezember nach sowjetzonalen Angaben eine Kaufkraftherhöhung von 70 Mill. DM zur Folge haben. Dieser Betrag entspricht etwa 1,3 vH des auf zwei Monate entfallenden Warenumsatzes.

Die sowjetzonalen Plandispositionen für 1953 sind verschiedentlich geändert worden. Sprach der Bericht der Plankommission über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1952 beispielsweise von einem Einzelhandelsumsatz im Jahre 1952 von 27,3 Mrd. DM, so wurde er später nur noch mit 24,5 Mrd. DM angegeben⁴⁾. Auch die Zahl der allein im 2. Halbjahr 1953 von der Wirtschaft neu aufzunehmenden Arbeitskräfte in Höhe von 250 000 steht im Widerspruch zur ursprünglich für das gesamte Jahr festgesetzten Anzahl von 100 000 neuen Arbeitskräften⁵⁾ und findet auch

keine Erklärung in den vorgenommenen Schwergewichtsveränderungen innerhalb der Produktion der SBZ.

Änderungen im Volkswirtschaftsplan 1953

	Erste Fassung für das ganze Jahr	Neue Fassung für das 2. Halbjahr
	Erhöhung 1952	gegenüber 1. Halbjahr 1953
Zahl der Arbeitskräfte	100 000	250 000
Arbeitsproduktivität je Arbeiter	16 vH	10,1 vH
Durchschnittslohn aller Beschäftigten	7 vH ¹⁾	7,8 vH ²⁾
Bruttoproduktion der Industrie	12,8 vH	14 vH

¹⁾ Beschäftigte der volkseigenen Industrie. — ²⁾ Beschäftigte der volkseigenen und genossenschaftlichen Industrie.
Quelle: „Neues Deutschland“, Nr. 297 vom 18. 12. 1952 und „Tägliche Rundschau“, Nr. 230 vom 4. 10. 1953.

Die vorgesehene Verringerung im Tempo der Selbstkostensenkung bezieht sich im Gegensatz zu den übrigen Planberichtigungen auf das ganze Jahr 1953. Da die sowjetzonale Industrie weitgehend mit überhöhten Selbstkosten arbeitet, ist deren Senkung eine sich wiederholende Zielsetzung aller bisherigen Pläne gewesen. Die nunmehrige Korrektur der bisherigen Sätze ist überraschend hoch. Sie bedeutet die kostenmäßige Anerkennung der im „neuen Kurs“ zurückgenommenen ursprünglichen Einsparungsmaßnahmen (Rückstufungen der Industrielöhne sowie Gehälter⁶⁾, generelle Normenerhöhung um 10 vH) und der im Juli 1953 ausgesprochenen Lohn-erhöhungen.

Geplante Selbstkostensenkung für Planjahr 1953 in vH

	Erste Fassung	Ist 1. Halbjahr	Neue Fassung
Zentralgeleitete volkseigene Wirtschaft	6	2,4	3
Volkseigene Bauindustrie . .	7,6	0	2,3
HO (Handelsorganisation) . .	9	.	6,2

Die in der ersten Planfassung für 1953 vorgesehene Erhöhung der Arbeitsproduktivität, des Durchschnittslohnes und der Bruttoproduktion ist nicht erreicht worden. Eine gegenüber dem ersten Halbjahr 1953 um 14 vH gesteigerte Bruttoproduktion ließe sich nur erzielen, wenn die Arbeitsproduktivität je Arbeiter entsprechend zu heben wäre. Natürlich wäre eine Zunahme der Bruttoproduktion auch über die Erhöhung der Zahl der Arbeitsplätze möglich. Das aber ist ein langwieriger Investitionsprozeß, der kurzfristig nur geringe Teilerfolge verspricht.

⁶⁾ Vgl. Gesetzblatt der DDR, Nr. 88 vom 27. 7. 1953.

²⁾ Vgl. „Tägliche Rundschau“, Nr. 230 vom 4. 10. 1953, S. 3.

³⁾ Vgl. „Neues Deutschland“, Nr. 243 vom 16. 10. 1953, S. 1.

⁴⁾ Vgl. „Neues Deutschland“, Nr. 221 vom 20. 9. 1953.

⁵⁾ Vgl. „Neues Deutschland“, Nr. 297 vom 18. 12. 1952, S. 4.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6, und Bonn, Burgstraße 106.

Präsident: Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Ferdinand Grünig, Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Hans Liebe, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Rolf Wagenführ (ausw. Mitglied), Dr. Albert Wissler.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geraniestraße 2. Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland DM 30,—, halbjährlich DM 16,—, vierteljährlich DM 9,—.

— Hierzu 2 Zahlenbeilagen. —

